



# Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



**AUS DEM INHALT**  
Ausgabe Januar 2009

- **Jagd auf Piraten**
- **Klimapaket**
- **Haushalt**
- **Neuer Beihilferahmen**
- **Wöchentliche Höchst-  
arbeitszeit**
- **Europa in den Schulen**
- **Spielzeugrichtlinie**
- **KMU-Woche**
- **Europäisches Jahr für  
Kreativität**
- **Europawahl**

*Liebe Leserinnen und Leser,*

ich wünsche Ihnen zu Beginn dieses Jahres zunächst persönlich alles Gute. Glückwünsche dafür, dass das Jahr 2009 besser, aber jedenfalls nicht so schlimm, wie mancherorts vorhergesagt, werden möge, sind auf allen politischen Ebenen angebracht: Bei uns in Hessen, wo die Landtagswahl in Zeiten wie diesen hoffentlich stabile politische Verhältnisse bringt. In Deutschland, wo die Bundesregierung Maßnahmen ergreift, damit die Wirtschaft in Gang bleibt, und nicht die von einigen fast schon herbei geredete krisenhafte Entwicklung voll durchschlägt.

In Europa, wo die neue tschechische Präsidentschaft gleich einen ganzen Paken aktueller Probleme auf dem Tisch vorfindet: Es ist ein EU-Vorsitz, der selbst noch nicht den Lissabon-Vertrag ratifiziert hat, auch wenn das tschechische Verfassungsgericht bereits sein OK gegeben hat.

Wir stehen erneut einem russisch-ukrainischen Gastreit gegenüber, der uns unsere eigene Abhängigkeit von importiertem Gas aus Russland vor Augen führt. Zwar haben wir langfristige Verträge, aber man erlebt unmittelbar, dass Russland bereit ist, die Gasversorgung auch als politisches und wirtschaftliches Druckmittel einzusetzen, seit 1. Januar gegenüber der Ukraine. Seit dem 7. Januar blieb es in weiten Teilen der östlichen EU kalt - morgen auch bei uns? Es ist wichtig, dass wir in der EU die Frage der Energieversorgungssicherheit ganz oben auf die Tagesordnung setzen.

Im Nahen Osten erleben wir leider statt eines Fortgangs des Friedensprozesses einen ernststen Rückschlag, bei dem wir aber Ursache und Wirkung nicht verwechseln dürfen: Hamas hat den Waffenstillstand gebrochen, Israel nutzt sein Recht auf Selbstverteidigung. Gleichwohl muss auch Israel wissen, dass es hierbei den Kampf um die Sympathie in der Welt nicht gewinnen kann, selbst wenn man ahnt, dass Hamas seine Raketen aus Wohngebieten abschießt, damit bei Reaktionen Israels Zivilisten, vor allem Kinder, zu Tode kommen. Deshalb muss ein Waffenstillstand, aber vor allem eine politische Lösung des Konflikts herbeigeführt werden, auch durch politischen Druck der internationalen Gemeinschaft. Die Lage der Menschen in Gaza ist nicht erst seit Ausbruch der neuen Kämpfe bedrückend und perspektivlos. Wir im Europäischen Parlament genehmigen fast monatlich zusätzliche Mittel zur Versorgung der Menschen mit dem Lebensnotwendigsten. Das kann kein Dauerzustand bleiben.

Ihr

*Michael Gahler*

# EU-Operation Atalanta

*Jagd auf Piraten vor der Küste Somalias*



Zehn Jahre nach dem Beginn der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) startete die Europäische Union am 8. Dezember 2008 ihre erste militärische Mission zur See vor der Küste Somalias und ihre erste Jagd auf Piraten. Die bisherigen militärischen und zivilen Einsätze der ESVP erfolgten auf dem Balkan, in Afrika, Asien, dem Mittleren Osten und dem südlichen Kaukasus.

Das internationale Engagement, die Seeräuberei am Horn von Afrika zu bekämpfen, beruht auf der Resolution 1816, die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 2. Juni 2008 einstimmig angenommen, und die mit der Resolution 1846 am 2. Dezember 2008 erneut bekräftigt wurde. Der maritime Einsatz der

Europäer erfüllt ein weiteres Mal die EU-Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2003 mit Leben, die den Einsatz von Militär unter der EU-Flagge an ein Mandat der

Vereinten Nationen bindet.

Bereits seit den 90er Jahren steht Somalia aufgrund eines sehr langen Bürgerkrieges vor einer fortgesetzten humanitären Katastrophe. Seit Jahren ist die Zentralregierung in Mogadischu nicht mehr in der Lage, die Herrschaft über das gesamte Land zurückzugewinnen. Insgesamt lassen sich sechs Teilkonflikte identifizieren, die zum Teil zwischen unterschiedlichen Territorien, aber auch gegenüber der föderalen Übergangsregierung ausgetragen werden.

Eine jüngste Verschärfung der Sicherheitslage führte dazu, dass viele internationale Hilfsorganisationen ihre Arbeit stark einschränken oder ganz einstellen mussten. Als eine Auswirkung des Konflikts überzo-

gen Piraten aus Somalia den vorgelagerten Küstenstreifen und den Golf von Aden mit Angriffen auf Versorgungsfrachter und Kreuzfahrtschiffe. Gerade die Meerenge durch den Golf von Aden stellt ein Nadelöhr für den internationalen Handel dar und somit ruht das besondere Interesse Europas und Deutschlands als Exportregion auf diesem Gebiet. Schließlich stellen die Sicherung der Lebensmittelzufuhr über See und der Schutz der Vergnügungs- und Handelsschiffahrt eine internationale Herausforderung dar, die von China über die EU die gesamte internationale Staatengemeinschaft auf den Plan ruft.

Mit dem Ziel, die Transporte des Welternährungsprogramms auf dem Seeweg nach Somalia und die Schiffe vor der Küste zu schützen sowie Piraten mit präventiven Maßnahmen abzuschrecken und gegebenenfalls zu bekämpfen, stachen im Dezember mehr als 1.200 Offiziere und Matrosen für die maritime Operation der EU NAVFOR

mit dem Namen „Atalanta“ in See.

Auch die deutsche Fregatte Karlsruhe begab sich mit 235 Mann unter das Kommando des britischen Konteradmirals Philipp Jones, der die EU Operationsführung innehat und die Mission militärisch anführt. Es

war auch die Fregatte Karlsruhe, die den ersten Einsatz zur gewaltsamen Abwehr eines Piratenangriffs auf das ägyptische Frachtschiff Wadi Al Arab mit Unterstützung eines Hubschraubers Ende Dezember erfolgreich durchführte. Einem viermonatigen Turnus folgend werden Griechenland, Spa-

nien und die Niederlande die weitere Einsatzführung sicherstellen. Die Operation Atalanta ist vorerst bis zum 15. Dezember 2009 befristet.

[http://consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?lang=de&id=1518&mode=g&name=](http://consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?lang=de&id=1518&mode=g&name=)

## Europäisches Klimapakett: Vertretbarer Kompromiss zwischen Klimaschutz und Arbeitsplatzsicherung gelungen

Ein ehrgeiziges und verantwortbares EU-Klima- und Energiepaket verabschiedete das Europäische Parlament am 17. Dezember 2008 in Straßburg. Nach nur elf Monaten gelang es, dieses wichtige europäische Gesetzgebungsverfahren zügig zu beenden. Ziel der sechs Bestandteile ist es, die EU in die Lage zu versetzen ihre Klimaziele bis 2020 zu erreichen. Es wird anvisiert, den Ausstoß von Treibhausgasen um 20 Prozent zu reduzieren, eine Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 Prozent und eine Erhöhung der Energieeffizienz um 20 Prozent umzusetzen.

Die nun verabschiedeten konkreten Maßnahmen umfassen technologische Anreize für erneuerbare Energien,

verbrauchsarme Autos und Initiativen für effizientere und CO<sub>2</sub>-ärmere Kohlekraftwerke.

Um einen vertretbaren Kompromiss zwischen Klimaschutz und Arbeitsplatzsicherung zu verwirklichen,



setzte sich das Parlament im Plenum durch und brachte längere Übergangsfristen für neue Pkw, Ausnahmen für energieintensive Industriezweige und kleinere Anlagen vom Emissionshandel sowie den verstärkten Einsatz von Biomasse auf den Weg. Durch die Revisionsklausel

beim Emissionshandel ist darüber hinaus eine flexible Anpassung des Klimapakets an ein Ergebnis der weltweiten Klimaverhandlungen im Dezember 2009 in Kopenhagen möglich. Das 1997 beschlossene Kyoto-Protokoll zur Verringerung der Treibhausgase soll auf einer Konferenz in Kopenhagen vom 30. November bis 11. Dezember durch eine Neuregelung für die Zeit ab 2012 fortgeschrieben werden. Dabei wird es um rechtlich verbindliche Emissionsbegrenzungen gehen und um Ausgleichszahlungen der reichen an die armen Länder der Welt.

[http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus\\_page/064-43932-343-12-50-911-20081204FCS43825-08-12-2008-2008/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus_page/064-43932-343-12-50-911-20081204FCS43825-08-12-2008-2008/default_de.htm)

## EU-Haushalt für 2009 verabschiedet



Das Europäische Parlament und der Rat einigten sich für das Jahr 2009 auf ein Ausgabevolumen von 116,096 Milliarden Euro. Die Ausgabenschwerpunkte liegen im Bereich des nachhaltigen Wachstums (Regionalförderung, Bildung, Forschung u.a.) mit 45,99 Mrd. Euro und der natürlichen Ressourcen (Landwirtschaft, Außen- Umwelt u.a.) mit 52,56 Mrd.

Euro. Im ersten Ausgabenposten ist es das Ziel, die derzeitige Wirtschaftslage anhand von Initiativen für Wachstum und Beschäftigung anzukurbeln. Dabei liegt ein besonderes Augenmerk auf Kleineren und Mittleren Unternehmen (KMU), die in den Bereichen der Forschung und der Innovationen verstärkt unterstützt werden.

In Anbetracht des eigenen Anspruchs, die Rolle der EU in der Welt zu stärken, nehmen sich die 8,32 Mrd. Euro für den Posten, „Die EU als globaler Partner (Entwicklungshilfe, Außenbeziehungen u.a.)“ recht

bescheiden aus. Vor dem Hintergrund der jüngsten Verschärfung des Nahost-Konflikts ist es fraglich, ob die für 2009 veranschlagten 300 Mrd. Euro zur Hilfe in den palästinensischen Autonomiegebieten ausreichend sein werden. Diese Frage gewinnt umso mehr an Brisanz, wenn man sich verdeutlicht, dass dieser Betrag 21 Prozent unter den Zahlungen im Jahr 2008 liegt.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0622+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## Mitgliedstaaten bekommen neuen Beihilferahmen

Als Teil der Maßnahmen, die die Kommission am 26. November 2008 in ihrem Konjunkturprogramm angekündigt hat, und nach Billigung durch den Europäischen Rat am 11./12. Dezember, können die Mitgliedstaaten nach dem neuen Beihilferahmen Beihilfer Regelungen für Unternehmen bei der Kommission anmelden. Durch diesen Schritt wird

die „De-minimis-Schwelle“ von 200.000 auf 500.000 EUR angehoben. Bei Risikokapitalbeihilfen wird die Schwelle von 1.5 Mio. Euro auf bis zu 2.5 Mio. Euro pro Kleines und Mittleres Unternehmen (KMU) und Jahr steigen sofern private Investoren mindestens 30% der Investitionskosten tragen. Die bisherige Regelung sah 50 Prozent vor. Sobald die

Hilfsprogramme von der Kommission genehmigt sind können die Beihilfen ohne Notifizierungsverfahren gewährt werden. Die Maßnahmen gelten zunächst bis 31. Dezember 2010.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1993&format=HTML&aged=0&language=DE&gui>

## Wöchentliche Höchstarbeitszeit europaweit von 48 Stunden gefordert



In zweiter Lesung konnte so das Parlament dem Ministerrat entgegenzutreten und ein Vermittlungsverfahren erwirken. Bislang strebte der Rat in seiner Position zur Richtlinie „über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitregelung“ danach, vermehrt Ausnahmen und somit eine höhere Wochenarbeitszeit zu zulassen. Ebenfalls in Gegensatz zum Rat betrachtet das EP den gesamten Bereitschaftsdienst, einschließlich der inaktiven Zeit, als Arbeitszeit.

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/048-44550-350-12-51-908-200812151PR44549-15-12-2008-2008-true/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/048-44550-350-12-51-908-200812151PR44549-15-12-2008-2008-true/default_de.htm)

Bezogen auf einen Zeitraum von 12 Monaten streben die Europaabgeordneten an, die wöchentliche Höchstarbeitszeit auf 48

Stunden bei Zulassung von begrenzten Ausnahmen für Geschäftsführer und andere Führungskräfte zu beschränken.

## Europa in den Schulen

Das deutsche Informationsbüro des Europäischen Parlaments bietet Schulen eine Serie von Planspielen zum Thema „Europas Klima wandeln!“ an. Im Rahmen eines Planspiels können Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren die Tätigkeiten der Europäischen Union ken-

nenlernen und besondere Einblicke in die Arbeit des Europaparlaments gewinnen.

Dieses Planspiel spiegelt die Wichtigkeit wider, die das Parlament dem Klimawandel beimisst. Thematisch werden sich die

Schüler spielerisch mit den herausfordernden Fragen des Umweltschutzes, der Nachhaltigkeit und der Energieversorgung beschäftigen. Mehr Informationen finden Sie hier:

<http://www.europarl.de/aktuell/Planspiele.html>

## Zum Wohl der Kinder

### EP verabschiedet Spielzeugrichtlinie

Gerade vor Weihnachten standen viele von uns in den Spielzeugläden und rätselten, ob wir aus Gründen der gesundheitlichen Verträglichkeit, dieses oder jenes Produkt wirklich unter den Gabentisch legen wollten. Noch kurz vor der weihnachtlichen Bescherung schuf das Europaparlament eine Erleichterung der Wahlentscheidung. Die Abgeordneten verabschiedeten am 18. Dezember 2008 eine neue Spielzeugrichtlinie und

aktualisierten so eine Richtlinie, von vor 20 Jahren, die nicht mehr dem neusten technischen Erkenntnisstand entsprach.

In Zukunft werden alle Stoffe in Spielzeugen verboten, die im Verdacht stehen, Krebs hervorzurufen, das Erbgut zu verändern oder die Fortpflanzung zu gefährden. Ein Verbot ergeht über 55 allergieauslösende Duftstoffe und die Vorschriften zum Schutz vor

Verschlucken von Kleinteilen werden verschärft. Nun liegt es an den Herstellern von Spielzeug, die Produkte anhand dieser Richtlinie zu prüfen, um auch in Zukunft als unbedenkliche Gabe unter dem Weihnachtsbaum zu gelangen.

[http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus\\_page/008-44398-350-12-51-901-20081212FCS44322-15-12-2008-2008/default\\_p001c001\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus_page/008-44398-350-12-51-901-20081212FCS44322-15-12-2008-2008/default_p001c001_de.htm)



## Erste Europäische KMU-Woche

Zur Abfederung der momentanen wirtschaftlichen Herausforderungen wird vom 6. bis 14. Mai 2009 die erste Europäische KMU-Woche mit dem Ziel der Förderung des Unternehmertums in ganz Europa durchgeführt.

Außerdem sollen Unternehmer darüber informiert werden, welche Unterstützungsmöglichkeiten ihnen auf

europäischer, nationaler und lokaler Ebene zur Verfügung stehen. Den

Kleineren und Mittleren Unternehmen (KMU) soll die Möglichkeit gegeben werden, Informationen, Beratung, Unterstützung

und Ideen zu erkunden, die ihnen bei der Entwicklung ihrer Geschäftstätigkeit helfen können. Die Initiative zielt besonders auf Jugendliche ab, die es zu überzeugen gilt, dass das Unternehmertum eine attraktive Karrierealternative ist.



[http://ec.europa.eu/enterprise/policy/entrepreneurship/sme-week/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/policy/entrepreneurship/sme-week/index_de.htm)

## Europäisches Jahr der Kreativität und Innovation gestartet

Am 7. Januar 2009 startete die tschechische EU-Ratspräsidentschaft gemeinsam mit der Europäischen Kommission das „Europäische Jahr der Kreativität und Innovation 2009“. Das Ziel

dieser Initiative ist es, das Bewusstsein der Bürger mit Blick auf die Wichtigkeit von Kreativität und Innovation als Schlüssel für per-

sönliche Kompetenzen und soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu erhöhen.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Flaute scheint es besonders notwendig, die Fähigkeiten der Bürger und Arbeitnehmer

zu erhöhen, um dem wirtschaftlichen Aufschwung einen Weg zu eröffnen. Zur Veranstaltungsdurchführung werden Konferenzen und öffentliche Debatten angeboten. Die Termine und einzelnen Veranstaltungsorte können Sie auf

folgender Internet-Seite einsehen:

<http://create2009.europa.eu/>



## Weckruf zur Europawahl



Nutzen sie in Deutschland die Chance des Weckrufs zur Europawahl, die vom 7. bis 9. Juni 2009 europaweit erfolgen wird. In den 27 Mitgliedstaaten der EU sind insgesamt rund 375 Millionen EU-Bürger aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. Seit dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien zur EU im Januar 2007 konstituieren 785 Abgeordnete das

EU-Parlament, Deutschland stellt derzeit 99 Abgeordnete.

Per Email oder per SMS werden Sie rechtzeitig vor der Europawahl an den Urnengang am 7. Juni 2009 in Deutschland erinnert. Das deutsche Informationsbüro des Europäischen Parlaments stellt Ihnen diesen Service im folgenden Online-Formular zur Verfügung:

<http://www.europarl.de/europawahl/wahlerinnerung.jsp>

## 112 - die europäische Notrufnummer

In der gesamten EU können die Bürger jetzt Notrufdienste über die einheitliche Notrufnummer 112 erreichen. So können Personen in Not über das Festnetz oder vom Mobiltelefon kostenlos schnell und einfach Hilfe anfordern. <http://ec.europa.eu/112>

## Jugendpreis Entwicklungspolitik

2008/2009

Noch bis zum 31. Mai können junge Menschen Poster oder Multimedia-Präsentationen zu drei Themenbereichen des Wettbewerbs „Jugendpreis Entwicklungspolitik 2008/2009“

einreichen: „Gleichstellung der Geschlechter“, „Kinder und Jugend“ oder „Kulturelle Vielfalt“.

<http://www.dyp2008.org>

## IMPRESSUM

**Michael Gahler**  
Europäisches Parlament  
ASP 10 E 217  
B-1047 Brüssel  
Tel.: 0032-2-284 59 77  
Fax: 0032-2-284 99 77  
E-Mail: [michael.gahler@europarl.europa.eu](mailto:michael.gahler@europarl.europa.eu)  
Regionalbüro Süd- und Westhessen  
Odenwaldstrasse 5  
D-64521 Groß-Gerau  
Tel.: 06152-93 25 94